

8. Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern (LJHA M-V)

Vorläufiges Ergebnisprotokoll der 12. Sitzung des 8. LHJA am 03.07.2025 in Stralsund

Beginn: 10:00 Uhr
Ende: 13:35 Uhr
Leitung: Frau Theil, Vorsitzende

Protokoll: Frau König, KSV M-V, Landesjugendamt

Anwesenheit: **Anlage 1**

Tagesordnung lt. Einladung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung des Protokolls der 11. Sitzung des 8. LJHA M-V am 08.05.2025
3. Abstimmung der Tagesordnung
4. Novellierung KiföG – Anpassung oder Neustruktur
 - Herr Prof. Dr. Christoph Brüning (Universität Kiel)
 - Herr Dirk Fuhrmann (Landesrechnungshof)
 - Frau Anke Preuß (Geschäftsführerin Kita gGmbH)
 - Frau Dr. Susanne Braun (Schabernack e. V.)
 - Frau Ulrike von Malottki und Frau Silke Gajek (GEW)
 - Herr Heiner Rebschläger (Vorsitzender Kita-Landeselternrat)
 - Frau Prof. Dr. Claudia Nürnberg (Hochschule Neubrandenburg)
5. Wahl eines stellvertretenden vorsitzenden Mitglieds
6. Rückblick Klausurtagung
7. Bericht zur gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses vom 02.07.2025
8. Berichte und aktuelle Informationen der Mitglieder aus Arbeitsgruppen und Gremien
9. Berichte und aktuelle Informationen aus dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V, dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung, sowie dem Landesjugendamt
10. Sonstiges
 - u.a. Themen der nächsten Sitzung

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses Frau Theil eröffnet die 12. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses. Sie begrüßt die anwesenden Mitglieder. Sie stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern nicht gegeben ist. 3 Mitglieder kommen etwas verspätet zur Sitzung. Nun ist die Beschlussfähigkeit mit 10 stimmberechtigten Mitgliedern gegeben.

TOP 2 Bestätigung des Protokolls der 11. Sitzung des 8. LJHA M-V am 08.05.2025

Das vorläufige Ergebnisprotokoll der 11. Sitzung des 8. LJHA am 08.05.2025 ist den Mitgliedern zugegangen.

Das Ergebnisprotokoll wurde einstimmig in der Fassung vom 08.05.2025 angenommen. Die Veröffentlichung des Protokolls auf der Website ist bereits erfolgt.

TOP 3 Abstimmung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist den Teilnehmenden mit der Einladung zugegangen. Diese wurde durch die Mitglieder einstimmig angenommen.

TOP 4 Novellierung KiföG – Anpassung oder Neustruktur

Frau Theil begrüßt die geladenen Referenten und Referentinnen:

- Herrn Prof. Dr. Christoph Brüning (Universität Kiel)
- Herrn Dirk Fuhrmann (Landesrechnungshof)
- Frau Anke Preuß (Kita gGmbH)
- Frau Dr. Susanne Braun (Schabernack e. V.)
- Frau Ulrike von Malottki und Frau Silke Gajek (GEW)
- Herrn Heiner Rebschläger (Vorsitzender Kita-Landeselternrat)
- Frau Prof. Dr. Claudia Nürnberg (Hochschule Neubrandenburg)

und bedankt sich für die Anwesenheit. Sie gibt zu jedem Referenten und jeder Referentin eine kurze Information über die derzeitige Tätigkeit.

Herr Prof. Dr. Christoph Brüning von der Universität Kiel stellt sein Gutachten „Kostenausgleich für die Wahrnehmung von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde“ vor. (**Anlage 2**) Das Gutachten ist in 2 Teile untergliedert.

Prof. Dr. Brüning erläutert die Finanzierung über Kostenträger anhand des Tortenmodells. Es stellt sich die Frage in den Mittelpunkt: „Wer kann steuern und beeinflussen?“. Prof. Dr. Brüning bezieht sich auf die bedarfsorientierten Maßstäbe des KiföG M-V und des SGB VIII. Die prospektive Sichtweise im Rahmen der Entgeltvereinbarungen berücksichtigt nicht die reale Auskömmlichkeit, denn im Nachgang wird nur die ordnungsgemäße Leistungserbringung überprüft.

Seiner Ansicht nach liegt das Steuerungspotential bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Er empfiehlt, sich vom System der prospektiven Finanzierung zu lösen und einen Paradigmenwechsel zu einem kostenbasierten System zu vollziehen. Hierzu bedarf es einer gesetzlichen Grundlage.

Wenn Kosten vereinbart werden, müssen Qualitätsstandards geregelt werden. Diese müssen erhöht werden. Hier sollten die Kosten mehr betrachtet werden. Diese haben Steuerungspotenzial.

Herr Prof. Dr. Brüning bezieht kritisch Stellung zur Beitragsfreiheit in Kitas. Er stellt fest, dass die Elternbeitragsfreiheit zu einer erhöhten Inanspruchnahme der Betreuung führt. Dies war politisch gesehen seines Erachtens nicht die beste Idee.

Herr **Dirk Fuhrmann** vom Landesrechnungshof bezieht sich bei seinem Vortrag auf seine Präsentation **(Anlage 3)**. Er erläutert die einwohnerbezogenen Ausgaben im Ländervergleich. Diese sind in M-V nicht außergewöhnlich auffällig.

Bei der Kostenentwicklung und Indizes hat Mecklenburg-Vorpommern eine überproportionale Steigerung. Die Finanzierungsverantwortung muss mit Einflussmöglichkeiten einhergehen. Er empfiehlt, einerseits die Verhandlungen durch einheitliche Rahmenbedingungen und das Schiedsstellenverfahren zu reformieren sowie die Prospektivität einzuschränken. Zudem birgt seines Erachtens ein Landesrahmenvertrag durch einheitliche Verhandlungs- und Vertragsbedingungen Optimierungspotential.

Herr Fuhrmann stellt fest, dass alle bisher ergriffenen Maßnahmen nicht zu großen Effekten geführt haben. Die Wiedereinführung der ggf. auch gestaffelten Elternbeiträge reichen seiner Ansicht nach allein nicht aus. Sind Elternbeiträge politisch weiterhin nicht gewollt, müssen die Kosten getragen werden. Es sollte eine „Task Force Sozialreform“ aus Landesregierung und kommunalen Landesverbänden, LRH als Berater/Begleiter geschaffen werden.

Frau **Anke Preuß**, Geschäftsführerin der Kita gGmbH, stellt kurz die Kita gGmbH vor. **(Anlage 4)**

Zunächst geht sie auf die Kostenentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern ein. Die Ausgaben des Landes für die Kindertagesförderung werden sich 2025 im Vergleich zu 2012 auf das Vierfache erhöht haben.

Frau Preuß erläutert ausführlich die Aufteilung der Aufwendungen in den Kindertagesstätten. Im Ergebnis wird deutlich, dass 97,4 % der Aufwendungen durch Träger nicht beeinflusst werden können. Insofern stellt Frau Preuß fest, dass sich durch die Elternbeitragsfreiheit der Bedarf an einer Betreuung nicht verändert hat.

Sie gibt Einblick in den hohen Aufwand im Zusammenhang mit externen Prüfungen der Kita gGmbH in 2024 (Jahresabschlussprüfer, Lohnsteuerußenprüfung, Landesrechnungshof, Revisionsprüfung, örtl. Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen der Entgeltverhandlungen und Künstlersozialabgabe) und hinterfragt das Verhältnis von Aufwand und Nutzen nicht nur für den Träger selbst.

Frau **Dr. Susanne Braun** (Schabernack e. V.) setzte in ihrem Impuls den Schwerpunkt auf die qualitativen Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen. **(Anlage 5)**

Frau Dr. Braun merkt an, dass die kostenfreie Förderung und Bildung für alle Kinder in den Kindertageseinrichtungen vorhanden sein muss und dass die Qualität und professionelle Betreuung gegeben sein soll. Qualität muss immer wieder neu entwickelt und gestaltet werden.

Die Fachkraft-Kind-Relation sollte verbessert werden. Dies sei ein wichtiges Qualitätsmerkmal und eine bundesweite Vergleichsgröße. Als Fachkraft-Kind-Relationen gelten

als bundesweite Mindeststandards: 1:3 für unter einjährige, 1:8 für zwei-fünfjährige und 1:10 ab sechs Jahren (GEW). Die Fachkraft-Kind-Relation ist nicht alles – aber eine intensivere pädagogische Betreuung ermöglicht einen genaueren Blick auf das einzelne Kind, bessere Unterstützungsmöglichkeiten und gezielte Förderung.

Es muss mehr Chancengleichheit hergestellt werden durch die Integration folgender Aspekte in die frühkindliche Bildung:

- Förderung aller Kinder
- Inklusives Arbeiten
- Sprachförderung
- Beteiligung
- Ausbau der Brennpunkt-Kitas

Frau Dr. Braun schließt ihre Ausführungen mit einem nachdrücklichen Plädoyer, statt über Kosteneinsparungen im Bereich der Kindertagesförderung über stärkere Investitionen nachzudenken und damit das Arbeitsfeld Kita als Fundament für gesellschaftliche Entwicklungen zu begreifen. Dies könne ein wichtiges politisches Signal für Mecklenburg-Vorpommern sein.

Frau **Ulrike von Malottki** hält einen Vortrag über den ökonomischen und volkswirtschaftlichen Nutzen für Investitionen in der frühen Kindheit und frühkindlichen Bildung. **(Anlage 6)**. Investitionen in Qualität lohnen sich besonders.

Es soll keine Sparmaßnahmen in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung trotz sinkender Kinderzahlen geben. Es erfolgt eine Ablehnung von Elternbeiträgen für eine Haushaltskonsolidierung. Ein landesweit einheitlich geregelter Mindestpersonalschlüssel soll geschaffen werden. Es soll eine schrittweise Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation erfolgen. Frau von Malottki fordert landesweite Qualitätsstandards. Die Implementierung eines Sozialindex soll dazu beitragen, soziale Ungleichheiten besser abzubilden und gezielt zu fördern. Zudem wird die Stärkung des Fachkräfteangebotes auf Bundesebene angestrebt, um die Qualität in der frühkindlichen Bildung nachhaltig zu sichern. Tarifvertragliche Regelungen für pädagogische Fachkräfte sowie in Kitas Beschäftigte sollen weiterentwickelt werden, um faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Die Beibehaltung der aktuellen Schiedsstelle ist notwendig, um eine unabhängige und verbindliche Konfliktlösung sicherzustellen.

Es soll keine Zweiklassen-Kita durch die Hintertür durch Beitragsfreiheit entstehen.

Herr **Heiner Rebschläger** (Vorsitzender Kita-Landeselternrat) stellt sich und die Struktur der Elternräte vor. **(Anlage 7)**

Der Kita-Landeselternrat vertritt die Familien von rund 117.000 Kindern, die in M-V Kindertagespflegestellen, Krippen, Kindergärten oder Horte besuchen. Der Kita-LER wurde 2020 neu gegründet und wird seither durch die Vorsitzenden der kommunalen

Kita-Elternräte aller Kreise und der beiden kreisfreien Städte alle 2 Jahre neu gebildet. Der Kita-LER befindet sich damit seit Herbst 2024 in seiner 3. Wahlperiode.

Es wird die Problemstellung Kitas M-V analysiert:

- Auffälligkeiten bei Schuleingangsuntersuchungen: Warum nehmen diese aktuell zu? Was sagt das über die Qualität in den Kindertagesstätten aus?
- Inklusion: nicht jede Kita ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen in der Lage, Inklusion zu leben
- demografischer Wandel als Herausforderung
- Einschränkung der Betreuungszeiten
- Qualität mit Blick auf die Personalschlüssel
- Wiedereinführung Elternbeiträge: Die Eltern verschließen sich nicht der Wiedereinführung insbesondere nicht im Kontext drohender Schließungen von Kindertagesstätten
- Schließung von Kindertagespflegestellen: Gewinnung der Fachkräfte für die Kita?

Herr Rebschläger fordert auf die Realitäten zu beachten und alle Themen offen zu diskutieren.

Frau **Prof. Dr. Claudia Nürnberg** betont, dass frühkindliche Bildung keine Kostenfrage, sondern eine Investition in die Zukunft ist. **(Anlage 8)** Frühe Förderung schafft gerechte Bildungschancen, gesellschaftliche Teilhabe und eine selbstbestimmte Lebensgestaltung. Sie kann teure Spätschäden vermeiden und Ressourcen sparen. Wichtig ist eine stabile Infrastruktur und gezielte Unterstützung für Familien, um Chancengleichheit zu fördern.

Sie weist auf Herausforderungen wie Ressourcenknappheit, Unsicherheiten durch Gesetzesänderungen und die Gefahr einer stärkeren Fokussierung auf wirtschaftliche Aspekte hin, die die Qualität der Betreuung gefährden könnten. Das Hamburger Guttscheinmodell wird kritisiert, da es soziale Ungleichheiten verstärkt und die Qualität beeinträchtigen kann.

Für die Weiterentwicklung der Kitas in Mecklenburg-Vorpommern schlägt sie vor: eine stärkere Vernetzung der Bildungsorte, Fachkräftesicherung durch bessere Arbeitsbedingungen und Fortbildungen, Infrastrukturförderung sowie eine sozial gerechte Beitragsfreiheit. Zudem ist eine nachhaltige Sozialplanung wichtig, um den Bedarf langfristig zu decken, Fachkräfte fair zu entlohnen und die Qualität der Angebote zu sichern.

Abschließend betont sie, dass Investitionen in frühkindliche Bildung eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung fördern und jetzt Handlungsbedarf besteht, um positive Veränderungen zu bewirken.

PAUSE

TOP 5 Wahl eines stellvertretenden vorsitzenden Mitglieds

Frau Theil fragt die Mitglieder nach Wahlvorschlägen. Es wurden Frau Dr. Judith Gelke und Frau Elen Fübbeker vorgeschlagen. Da Frau Fübbeker nicht anwesend war und auch vorab kein Gespräch diesbezüglich mit ihr geführt werden konnte, wurde dieser Vorschlag wieder zurückgezogen. Es erfolgte eine offene Wahl per Handzeichen:

Frau Dr. Judith Gelke → Abstimmung: 8 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmen Enthaltung

Frau Dr. Gelke stimmt der Wahl zu und nimmt das Amt des stellvertretenden vorsitzenden Mitglieds an. Sie teilt explizit mit, dass sie dies aufgrund von Zeitmangel nur bis Ende der Legislatur übernehmen wird.

Es erfolgt der Vorschlag, dass Frau Elen Fübbeker für die nächste Legislatur vorge-merkt wird.

TOP 6 Rückblick Klausurtagung

Die Mitglieder fragen, ob es Arbeitsgruppen gibt und ob diese schon begonnen haben. Frau Theil teilt die Arbeitsgruppen mit:

- Arbeitsgruppe Überleitung des Landesjugendamtes an das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS) → eine Sitzung hat bereits stattgefunden
- Arbeitsgruppe Ganztage → die Einladungen wurden bereits versandt
- Arbeitsgruppe Fachkräftestrategie → Meldung steht noch aus
- Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendstrategie
- Rechtsextremismus

In der **Anlage 9** erhalten die Mitglieder eine Übersicht über die Arbeitsgruppen.

TOP 7 Bericht zur gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses vom 02.07.2025

Frau Theil berichtet, dass der LJHA in der gemeinsamen Sitzung sehr gut vertreten war. Frau Theil gab in der gemeinsamen Sitzung zunächst einen allgemeinen Überblick über die Entwicklungen seit der letzten gemeinsamen Sitzung und nimmt dabei insbesondere Bezug auf die Ergebnisse der Klausurtagung. Im Anschluss informierte Frau Jörns den Sozialausschuss über den Sachstand zum Überleitungsprozess des Landesjugendamtes.

Einen thematischen Schwerpunkt stellte die aktuelle KiföG-Novelle dar. Die Mitglieder des LJHA nutzen die Möglichkeit, um ihre Sorgen im Hinblick auf die Qualitätsentwicklung in den Kindertagesstätten deutlich zu formulieren.

TOP 8 Berichte und aktuelle Informationen der Mitglieder aus Arbeitsgruppen und Gremien

Die Arbeitsgruppe Kinderschutz findet am 04.07.2025 und die Arbeitsgruppe System-
springer am 09.07.2025 statt.

TOP 9 Berichte und aktuelle Informationen aus dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V, dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung sowie dem Landesjugendamt

Frau Schwarzburger gibt einen kurzen Einblick in die Anfragen im SM. Der größte Punkt hierbei ist das Kinderschutzstrukturgesetz. Der Entwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern ist gestern (03.07.2025) als Drucksache veröffentlicht worden (siehe Drucksache 8/5090 vom 01.07.2025). Ebenso ist großes Thema die Rückführung des Landesjugendamtes zum Land (LAGuS).

Frau Jörns berichtet zum aktuellen Sachstand der Überleitung des Landesjugendamtes zum LAGuS M-V. In mehreren Arbeitsgruppen wird der Übergang engmaschig zwischen KSV, Sozialministerium und LAGuS vorbereitet. Der Gesetzentwurf sieht die komplette Zusammenführung der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe nach § 85 Abs.2 SGB VIII beim LJA vor.

Als neue Aufgabe sieht der Gesetzentwurf die Errichtung einer Zentralen Stelle Kinderschutz im LJA vor. Die Entwicklung der Zentralen Stelle Kinderschutz inhaltlicher und struktureller Hinsicht wird im Anschluss an die Verabschiedung der Gesetze und damit im Jahr 2026 aufgegriffen.

Als Herausforderung stellt sich für die Mitarbeitenden der mit der Überleitung verbundene Tarifwechsel dar. Trotz der gesetzlich vorgesehenen tariflichen Zulage zum Ausgleich der tariflichen Nachteile ist bei vielen Mitarbeitenden ein deutlicher Verlust beim Netto-Einkommen von bis zum 300 € monatlich festzustellen und insoweit ist damit ein hohes Risiko verbunden, dass Mitarbeitende infolgedessen beruflich anderweitig orientieren.

TOP 10 Sonstiges

Frau Theil gibt bekannt, dass es eine Rückmeldung der Staatssekretärin Grimm zum Beschluss vom 08.05.2025 zum „Engagement für Demokratie und eine starke Jugendhilfe zur Prävention und Intervention extremistischer Einstellungen“ gibt. Auch diese ist in der **Anlage 10** zu finden.

Ebenso ist in der **Anlage 11** eine Anfrage der AFD und die Stellungnahme des Landesfachverbandes Schulsozialarbeit Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Antrag (**Anlage 12**) zu finden.

Die nächste Sitzung findet am 11.09.2025 im LAGuS Schwerin statt.

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

gez. Katharina König
Landesjugendamt M-V

gez. Evelyn Theil
Vorsitzende des 8. LJHA

Anlagen:

- Anlage 1 – Teilnehmerliste der Sitzung vom 03.07.2025
- Anlage 2 – Präsentation Herr Prof. Dr. Christoph Brüning (Universität Kiel)
- Anlage 3 – Präsentation Herr Dirk Fuhrmann (Landesrechnungshof)
- Anlage 4 – Präsentation Frau Anke Preuß (Kita gGmbH)
- Anlage 5 – Präsentation Frau Dr. Susanne Braun (Schabernack e. V.)
- Anlage 6 – Präsentation Frau Ulrike von Malottki und Frau Silke Gajek (GEW)
- Anlage 7 – Präsentation Herr Heiner Rebschläger (Vorsitzender Kita-Landeselternrat)
- Anlage 8 – Präsentation Frau Prof. Dr. Claudia Nürnberg (Hochschule Neubrandenburg)
- Anlage 9 – Aufgabenplanung Landesjugendhilfeausschuss 2025 – 2026
- Anlage 10 – Rückmeldung der Staatssekretärin Grimm zum Beschluss vom 08.05.2025
- Anlage 11 – Anfrage der AFD
- Anlage 12 – Stellungnahme Anfrage AFD
- Anlage 13 – Beschlussempfehlung KiföG
- Anlage 14 – Sonderbericht Landesrechnungshof